



SPD

R(h)einblick

Bericht aus dem Rat

Juni 2009



Liebe Leserinnen und Leser,
hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 25. Juni 2009.

Der Antrag der Linksfraktion, das Thema Kö-Bogen öffentlich zu behandeln, wurde von CDU, FDP, Krüger abgelehnt. Der Antrag der Linksfraktion, die Zuständigkeitsordnung nicht zu behandeln, wurde von allen anderen Ratsmitgliedern abgelehnt.

Auf Antrag der CDU wurde gegen SPD, BÜ90, Linksfraktion die übliche Reihenfolge der Abarbeitung der Tagesordnung so geändert, dass erst alle Verwaltungsvorlagen und anschließend die Anträge der Ratsfraktionen behandelt wurden.

■ Aktuelle Anfragen

Aufgrund einer Anfrage von BÜ 90 zu den Zuständen auf dem übergangsweise neu auf dem ehemaligen Kaufringgelände eingerichteten **Taxi-Reservehalteplatz** am Flughafen führte die Verwaltung aus, dass die Stadt auf dem Privatgelände 100 Tonnen Split aufgebracht und die Taxiinnung mobile Toiletten installiert hat, die allerdings über keine Handwaschgelegenheit verfügen. Stattdessen werden Handdesinfektionsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung schlägt der Innung vor, vorübergehend einen Toilettenwagen aufzustellen. Aus Sicht des Gesundheitsamtes bestehen gegen die noch bis August dauernde Zwischenlösung keine Bedenken.

Zu einer Anfrage der Linksfraktion bezüglich der **Überwachung von TaxifahrerInnen** durch lückenlose Bewegungsprofile mittels GPS erläuterte die Verwaltung, dass für den Datenschutz die Landesbeauftragte zuständig ist. Die Verwaltung beurteilt den Einsatz von GPS aus Sicherheitsgründen positiv.

Bei einer aktuellen Anfrage der Linksfraktion ging es um die **Streik-Forderungen der MitarbeiterInnen in Kindertagesstätten und Bezirkssozialdiensten**. Die Verwaltung erklärte, dass der Gesundheitsschutz hohe Bedeutung hat und nach ihrer Ansicht das vorgelegte Angebot der kommunalen Arbeitgeber eine gute Verhandlungsbasis sei. Die durch Streiks eingesparten Personalkosten kommen den 70 bestreikten Kindertagesstätten in Form von Bildungsbudgets zu Gute. Hinsichtlich der Personalausstattung verwies die Verwaltung darauf, dass nach Einführung des KIBIZ keine Personalbestände reduziert wurden sondern in den ein bis zweigruppigen Kindertagesstätten und Familienzentren Aufstockungen erfolgten. Zusätzlich wurden 41 SpringerInnen für Krankheitsfälle eingestellt.

■ Anfragen

BÜ 90 fragte nach den Maßnahmen, die dazu führen, dass das im Stadtentwicklungskonzept formulierte Ziel der **Schaffung von 28.000 Wohnungen** bis 2020 erreicht wird. Die Verwaltung erläuterte, dass in den letzten drei Jahren 67 Bauleitverfahren abgeschlossen wurden, die die Errichtung von 3800 Geschosswohnungen und 2000 Einfamilienhäusern ermöglichen. Bis 2010 sollen weitere 69 Verfahren abgeschlossen werden, die die Errichtung weiterer 3900 Geschosswohnungen und 1200 Einfamilienhäuser ermöglichen. In Zusammenarbeit mit dem Eigentümerverband Haus und Grund sollen Strategien zur Aktivierung von Wohnraumpotenzialen entwickelt werden. Dazugehören die Handlungsfelder „Quartierentwicklung unter dem Aspekt der Nachverdichtung“, „Innenhofatlas“ und „Bauflächenmanagement“.

Als Controlling bezeichnete die CDU ihre Anfrage zum **Familienimage der Stadt** und provozierte so eine 8-seitige Antwort, die verlesen wurde. Elemente der Familienpolitik sind Kindertageseinrichtungen, Familienzentren, Kindertagespflege, Offene Ganztagschule, Ferienangebote, Kinderspielplätze, Jugend-Job-Center, Schulsozialarbeit, „zentren plus“, Pflegebüro. Außerdem benannte die Verwaltung die Informationsquellen für NeubürgerInnen und wies auf die aufsuchenden Dienste wie Elternbesuchsdienst, Erinnerungsbesuch für Einschulungen sowie Vorsorgeuntersuchungen hin.

■ Anträge der Fraktionen

Der Antrag der Linksfraktion, dass der Rat sich für eine Verlängerung der **Bleiberechtsregelung** für langjährig geduldete Flüchtlinge über den 31.12.2009 hinaus ausspricht, wurde von CDU, FDP, Reichert abgelehnt. Bis zu diesem Datum müssen geduldete Flüchtlinge nachweisen, dass sie ihren Lebensunterhalt überwiegend eigenständig durch Erwerbsarbeit sichern können, sonst verlieren sie ihren Aufenthaltsstatus.

Auf Antrag von FDP und CDU sprach sich der Rat einstimmig dafür aus, dass sich die Stadt anlässlich der **Campus-Messe** auf dem Universitätsgelände künftig mit einem Stand aktiv präsentiert.

Die SPD beantragte, die städtischen Beteiligungsgesellschaften aufzufordern, der **„Berliner Erklärung – Unternehmen gestalten den demografischen Wandel“** beizutreten. In der Erklärung sind zehn Punkte für eine aktive unternehmerische Gestaltung des demographischen Wandels formuliert, die die Potenziale und Interessen der älteren ,Generation berücksichtigen. Der Oberbürgermeister sollte die Vertreter der Wirtschaft auf die Erklärung aufmerksam machen und zum Beitritt motivieren. Die CDU will den Firmen nicht vorschreiben, was sie zu machen haben und lehnte ebenso wie die FDP den Antrag ab.

Der Antrag der SPD, die **Verkehrssicherheit von Fußgängern und Radfahrern im Bereich von Baustellen im öffentlichen Straßenraum** zu gewährleisten und dabei insbesondere die Belange von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen und Sehbehinderungen zu berücksichtigen, wurde von CDU, FDP, Krüger abgelehnt. Die genannten Beispiele wurden als Einzelfälle bezeichnet, außerdem wären die Bezirksvertretungen zuständig.

Der Antrag von BÜ 90, die Verwaltung zu beauftragen, nach Vorlage der Durchführungsbestimmungen zum kürzlich verabschiedeten Bundesgesetz eine Arbeitsgruppe aus Wohlfahrtsverbänden, Verwaltung und Fraktionen einzurichten,

um bis zum Herbst eine Konzeption und einen Finanzierungsplan zur **Behandlung von Schwerstabhängigen mit synthetischem Heroin (Diamorphin)** vorzulegen, wurde von CDU, FDP und Krüger abgelehnt.

Den Antrag von BÜ 90, zum **Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung** in 2010 einen Handlungs- und Finanzierungsplan zu erstellen, wollten CDU und FDP durch einen eigenen Antrag ersetzen, durch den die Verwaltung aufgefordert werden sollte, konkrete Eckpunkte und Handlungsschwerpunkte zu definieren und drei konkrete Veranstaltungen zu konzipieren. Nachdem BÜ 90 diesen Antrag in den eigenen Antrag mit aufnahm, lehnten CDU, FDP und Krüger den Gesamtantrag trotzdem ab.

Der Antrag von BÜ 90, den **Masterplan Lärm** fortzuschreiben und dabei den Einsatz lärmoptimierten Asphalts, den Einbau von Lärmschutzfenstern, Lärmreduktion durch Geschwindigkeitsanpassungen und die Festlegung von vor Verkehrslärm zu schützen Wohn-, Landschaftsschutz- und Naturschutzgebieten sowie Grünanlagen vorzusehen, wurde von CDU, FDP, Krüger abgelehnt.

Um die **Entwicklung Ressourcen schonender Stadtquartiere** ging es in einem Antrag der SPD. In Anlehnung an das vom Initiativkreis Ruhr initiierte Projekt „Innovation City“ mit großen Energieversorgern soll für den Bürostandort „Am Seestern“ im Rahmen eines internationalen Wettbewerbs erarbeitet werden, wie an einem modernen CO₂-freien Standort Arbeiten, Wohnen sowie Freizeitgestaltung zukunftsweisend miteinander vereinbart werden können. Der Antrag wurde von CDU, FDP und BÜ 90 abgelehnt.

Der Antrag der SPD, eine bisher **provisorische Wegeverbindung im Bereich der Heckteichstraße** (Gerresheim) in kommunales Eigentum zu überführen und bautechnisch so auszugestalten, dass eine gefahrlose fußläufige Verbindung zwischen dem S-Bahnhaltepunkt Gerresheim und den südlich gelegenen Wohnsiedlungen geschaffen wird, wurde in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Liegenschaften verwiesen.

Über den Antrag der Linksfraktion, gemeinsam mit Fortuna, Fan-Clubs, Messe und Arena Möglichkeiten für einen **Fan-Treff** bzw. ein Fan-Zentrum in der Nähe der Arena einzurichten, wurde nicht mehr abgestimmt, nachdem der Beigeordnete Leonhardt erklärt hatte, dass sich die Gruppe Sport und Sicherheit des kriminalpräventiven Rats bereits damit befasst.

Der Antrag der Linksfraktion, den **Einsatz von Jugendlichen als Alkohol-Testkäufer** abzulehnen, wurde von CDU, FDP, Krüger, BÜ 90 abgelehnt, Enthaltung SPD, nachdem zunächst abgelehnt worden war, den Antrag in den Ordnungs- und Verkehrsausschuss zu überweisen.

■ Personalien

Der Rat

- stimmte einstimmig der Bestellung von Herrn Dipl. Ing. Wilfried Mann durch die Bezirksregierung zum Vorsitzenden des Gutachterausschusses für Grundstückswerte zu;
- bestellte einstimmig Herrn Raimund Echterhoff zum Vorsitzenden, Herrn Dr. Manfred Wichmann zum stellvertretenden Vorsitzenden und zehn städtische Vertreter und Vertreterinnen zu Beisitzern der Einigungsstelle gemäß

- Landespersonalvertretungsgesetz;
- wählte einstimmig Dietmar Schwabe-Werner als Schiedsman für die Schiedsgerichtsbezirk Stockum, Lohausen, Kaiserswerth;
- wählte einstimmig Herrn Dr. Wolfgang Wehler zum Vorsitzenden des Gutachtergremiums für Entschädigungen beim U-Bahn-Bau sowie zwei städtische Mitarbeiter als Beisitzer;
- bestellte einstimmig Frau Dipl.-Ing. Julia Schulze Döring und Herrn Michael Fielenbach zu stellvertretenden Mitgliedern des Umlegungsausschusses.

■ Verwaltungsvorlagen

Der Rat leitet den vom Kämmerer aufgestellten und vom Oberbürgermeister bestätigten Entwurf der **Eröffnungsbilanz** zum 1.1.2009 im Rahmen des Neuen kommunalen Finanzmanagements (NKF) an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung weiter.

Vor dem Hintergrund der EU-Verordnung zur Marktöffnung für den Öffentlichen Personennahverkehr, die am 3.12.2009 in Kraft tritt, beschloss der Rat mit den Stimmen von CDU und FDP, die **Rheinbahn** bis 31.10.2019 mit dem jeweils geltenden Nahverkehrsplan zu betrauen. Änderungsanträge von SPD, BÜ 90 und Linksfraktion, die zum Ziel hatten, Sozial- und Umweltstandards zu verankern sowie das Aufhebungsrecht zum 31.12.2015, falls die Wirtschaftlichkeit hinter die Erwartungen der Stadt zurückfällt, zu streichen, wurden von CDU und FDP abgelehnt.

Der Rat nahm den Jahresabschluss 2008 der **Stadtparkasse** zur Kenntnis. Während den ehemaligen Vorstandsmitgliedern Heinz-Martin Humme und Karl-Heinz Stiegemann die Entlastung verweigert wurde, wurden sowohl die übrigen Vorstandsmitglieder als auch die Mitglieder des Verwaltungsrates und des Kreditausschusses für das Geschäftsjahr 2008 entlastet (gegen Linksfraktion).

Der Rat stellte 8 Millionen Euro aus dem städtischen Klimaschutzprogramm zur **energetischen Sanierung städtischer Wohnungen** bereit. Hiermit können rund 650 Wohnungen in Garath, Stockum, Wersten, Holthausen, Rath, Unterbild und Eller durch Austausch von Fenstern und Heizungen sowie Wärmedämmung energetisch saniert werden. Bis zum Ende der Mietpreisbindung in zwei Jahren wird keine Mieterhöhung erfolgen. Der Antrag von BÜ 90, dies auch zum Bestandteil des Beschlusses zu machen, wurde von CDU, FDP abgelehnt (Enthaltung Linksfraktion). Ein Ergänzungsantrag der Linksfraktion, Mietpreiserhöhungen auch nach Wegfall der Mietpreisbindung nicht durchzuführen, wurde von CDU, FDP, BÜ 90, Reichert abgelehnt, Enthaltung SPD.

Der Rat beschloss einstimmig Richtlinien zur Umsetzung eines städtischen Zuschussprogramms für den **Erwerb von Belegungs- und Mietbindungen**. Vorgesehen ist, für das Haushaltsjahr 2010 entsprechende Finanzmittel für 50 Wohnungen bereitzustellen.

Der Rat beschloss gegen Linksfraktion (Enthaltung Reichert) zur Stärkung des Modestandorts Düsseldorf die Unterstützung des neu gegründeten Vereins „**Fashion Net Düsseldorf e.V.**“ Mit bis zu 200.000 Euro sollen bis 2012 eine zentrale Anlaufstelle für Einkäufer und eine zentrale Informationsplattform für den Modestandort geschaffen , nationale und internationale Marketingaktivitäten

stattfinden, Mode- und Showevents ausgerichtet und ein Modepreis ausgelobt werden. Das Land hat eine finanzielle Beteiligung avisiert.

Der Rat beschloss einstimmig, das Gymnasium Gerresheim (Am Poth 60), das Comenius-Gymnasium (Hansaallee 90) und das Annette-von-Droste-Hülshoff-Gymnasium (Brucknerstr. 19) zum 1.8.2010 beginnend mit der Jahrgangsstufe 5 in gebundene **Ganztagschulen** umzuwandeln. Überschlägig wird mit Investitionskosten von 8,1 Mio Euro gerechnet.

Der Rat verlieh einstimmig **Förderpreise** in Höhe von jeweils 4000 Euro

- für Wissenschaften an Herrn Dr. Mehrdad Payandeh
- für bildende Kunst an die Malerin Sabrina Fritsch und die Medien- und Installationskünstlerin Daniela Georgieva,
- für Musik an den Konzertpianisten Nikolai Tokarev,
- für Literatur an den Autor und Übersetzer Alexander Konrad
- für darstellende Kunst an der Schauspieler Oliver S. El-Fayoumy.

Da im Bereich Musik kein zweiter Preis verliehen wurde, werden die dafür eingeplanten 4000 Euro für den Ausbau des Projekts „SingPause“ an Grundschulen verwendet.

Einstimmig beschloss der Rat Änderungen der **Richtlinien über die Verleihung des Kunstpreises und des „Helmut-Kätner-Preises“**. Die Preisverleihung des Kunstpreises wird von 2009 auf 2010 verschoben. Danach wird der Preis alle zwei Jahre verliehen. Der Helmut-Kätner-Preis wird ab 2013 alle zwei Jahre verliehen.

Der Rat beschloss einstimmig eine **Änderung des Landschaftsplanes**. Hierdurch wird das Gebiet Überanger Mark nunmehr als Naturschutzgebiet ausgewiesen. Im Bereich Urdenbach –Kirberger Loch – Zonser Grind wird der Garather Mühlenbach als Naturschutzgebiet angefügt. Hier wie auch im Naturschutzgebiet Rotthäuser und Morper Bachtal werden Regelungen zum Erhalt und zur Entwicklung der Lebensraumtypen nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie angepasst.

Der Rat beschloss gegen Reichert (Enthaltung Linksfraktion) eine Änderung der **Taxentarifordnung**. Der Großraumzuschlag von 3 Euro kann nun auch auf der Strecke zwischen Messe und Flughafen zusätzlich zum weiterhin geltenden Sondertarif von 13 Euro erhoben werden, sofern mehr als 4 Fahrgäste das Taxi nutzen. Der Sondertarif wurde auf eine Wegstrecke von 6,5 km begrenzt.

Der Rat beschloss die **Umbenennung** der LTU-Arena-Straße in Arena-Straße (einstimmig) und von Teilen der heutigen Flughafenstraße in Frachtstraße, Terminal Ring und Tower Straße (gegen Reichert).

Der Rat nahm Kenntnis vom Beratungsergebnis des Rechnungsprüfungsausschusses zum **Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt** NRW über die Haushaltsjahre 2007 und 2008.

Der Rat beschloss gegen die Linksfraktion eine **Änderung der Geschäftsordnung des Jugendrates**. Unentschuldig fehlende Mitglieder können ausgeschlossen werden. Die stimmberechtigten Mitglieder des Jugendrates erhalten künftig ein Sitzungsgeld in der Höhe des sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern für die Teilnahme an Ratsausschüssen gezahlten Sitzungsgeldes.

Der Rat beschloss bei Enthaltung der Linksfraktion, in der Zeit vom 3. bis 11.

Oktober 2009 **Freiwilligentage** durchzuführen. Um die im Verhältnis zu anderen Großstädten deutlich unter dem Durchschnitt liegende Zahl bürgerschaftlich engagierter Menschen zu erhöhen, sollen potenzielle Ehrenamtler die Möglichkeit erhalten, sich in unterschiedlichen Arbeitsfeldern auszuprobieren. Es wurden überplanmäßige Mittel von 40.000 Euro bereitgestellt. Abgelehnt wurde von CDU, FDP, Reichert ein Antrag der Linksfraktion, das Konzept mit DGB, Ausländerbeirat, Stadtelternrat, Umweltverbänden und Bezirkschülervertretung abzusprechen.

Der Rat nahm die Dokumentation der Partnerschaft „**Welthungerhilfe – Düsseldorf reicht die Hand**“ zur Kenntnis.

Gegen Linksfraktion, Reichert und eine CDU-Stimme beschloss der Rat Änderungen der **Zuständigkeitsordnung**. Als Konsequenz aus dem vom Rat beauftragten Bericht zum Projektmanagement wegen der Baukostensteigerungen bei der Paketpost und beim Burgwächter Castello wurde nun ein neues Verfahren für Baumaßnahmen entwickelt. Die Änderungen betreffen Bedarfsplanung, Finanzierungsbeschlüsse, Wertgrenzen für die Zuständigkeit und die Berichterstattung an die politischen Gremien.

Der Rat nahm Kenntnis von der Stellungnahme der Verwaltung zu einem im Zusammenhang mit dem Stadtentwicklungskonzept beschlossenen Prüfauftrag von CDU und FDP zu Fördermöglichkeiten für „**Quartierspaten**“. Ein hierzu eingereichter Antrag der SPD-Fraktion, das Projekt Quartierspaten mit Hilfe eines Beschäftigungszuschusses durch die ARGE auszubauen, wurde in den Ausschuss für Gesundheit und Soziales verwiesen.

■ Investitionen

Der Rat beauftragte die Verwaltung mit der Planung

- eines Neubaus für die **Abendrealschule Hermann-Harry-Schmitz-Weiterbildungskolleg** und des Baus einer Anwohnerquartiersgarage an der Franklinstraße 41-43. Um die Abendrealschule vom Standort des Friedrich-Rückert-Gymnasiums (dieses soll Ganztangsschule werden) zu verlagern, wird im Bereich des von der Volkshochschule genutzten Grundstücks Franklinstraße ein Neubau errichtet. Das VHS-Gebäude wird saniert und barrierefrei ausgestattet (siehe unten). Der Schulhofbereich wird mit einer Tiefgarage für rd. 90 Stellplätze unterbaut. Baubeginn ist im 3. Quartal 2010 geplant. Die Kosten werden auf 5,9 Mio für den Neubau der Abendrealschule und 2,3 Mio für den Bau der Quartiersgarage geschätzt (einstimmig);
- eines **Parkplatzneubaus an der Festenbergstraße** mit voraussichtlichen Kosten von 0,52 Mio Euro. In der Nähe des S-Bahnhofs Eller-Mitte sollen 100 Parkplätze hergerichtet werden. Baubeginn ist im 4. Quartal 2010 vorgesehen (Enthaltung Linksfraktion);
- der Sanierung des **Gewässerdurchlasses** der Inneren Südlichen Düssel im Bereich der Haroldstraße mit voraussichtlichen Kosten von 0,6 Mio Euro, Baubeginn ist im Herbst 2009 geplant (einstimmig).

Der Rat beschloss folgende Baumaßnahmen

- Sanierung der Gebäudehülle des von der Volkshochschule genutzten Hauptgebäudes **Franklinstraße 41-43** und Einbau eines Aufzuges sowie eines Behinderten-WC's zur Verbesserung der Barrierefreiheit, Gesamtkosten 3 Mio Euro, Baubeginn im 4. Quartal 2009 (einstimmig);
- Sanierung und Erweiterung des Schulgebäudes und Neubau einer Dreifach—

Sporthalle für eine dreizügige Realschule auf dem Grundstück **Ottweiler Str. 20**. In das zur Zeit nur interimistisch genutzte Gebäude soll die in einem stark sanierungsbedürftigem Gebäude untergebrachte Realschule „In der Lohe“ verlagert werden. Im bestehenden Klassentrakt werden Wand- und Bodenbeläge sowie Türen ausgetauscht und haustechnische Anlagen bedarfsweise erneuert. Dach und Fassade des Hausmeisterhauses werden gedämmt. An das Bestandsgebäude werden zweiseitig Neubauten angeschlossen mit zwei Aufzugsanlagen. Im Untergeschoss ist eine Dreifach-Sporthalle angeordnet. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 14,5 Mio Euro. Baubeginn ist im 1. Quartal 2010 vorgesehen, Fertigstellung im 4. Quartal 2011(einstimmig);

- Umbau der **Werdener Straße** (1. Ausbaustufe) mit Gesamtkosten von 6,8 Mio Euro, erwarteter Landeszuschuss 1,44 Mio Euro. Die Haltestellen am Oberbilker Markt werden in den Einmündungsbereich der Werdener Straße verlegt und mobilitätsbehindertengerecht ausgebaut. Die Haltestelle Fichtenstraße (Fahrtrichtung Norden) muss entfallen. Baubeginn ist im Oktober 2009, Fertigstellung im Juli 2010. Im Zuge des zweiten Bauabschnitts soll frühestens 2011 die Brücke über die DB-Güterstrecke abgerissen und in kleinerer Dimension neu errichtet werden;
- **Umrüstung von 43 Gaslaternen auf LED-Beleuchtung** im Wohngebiet Lohausen mit Gesamtkosten von 0,5 Mio Euro, wovon 64.000 auf Anlieger umgelegt werden. Der Energieverbrauch reduziert sich um 163.000 kWh/a, die Energiekosteneinsparung beträgt rd. 6500 Euro pro Jahr. Die CO²-Einsparung beträgt rd. 80 Prozent, Baubeginn ist im Herbst 2009 (einstimmig);
- **Austausch von 9 Lichtzeitanlagen** an der Kölner Landstraße zwischen Werstener Kreuz und Kamper Acker. Hiermit ist eine Verbesserung der Verkehrssicherheit verbunden, Gesamtkosten 750.000 Euro, Baubeginn 1.9.2009 (einstimmig).

■ Baurecht

Der Rat beschloss

- die Bebauungsplanänderung **„Neue Stadtquartiere Derendorf“**. Auf dem 30 ha großen Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs Derendorf soll eine Mischung von Wohnen, Arbeiten, Nahversorgung und Erholen entstehen. Es ist eine parallel zur DB-Trasse verlaufende vierspurige Straße sowie eine Stadtgartenallee, integriert in das gesamtstädtische Konzept des „Grünen Rings“, der künftig die Stadtteile Pempelfort und Derendorf mit dem Rhein verbinden soll, geplant. Eine Kindertagesstätte und Einrichtung der Jugendhilfe sind ebenso wie Spielmöglichkeiten vorgesehen (gegen SPD, BÜ 90, Linksfraktion);
- den Bebauungsplan **„Am Scheitenwege“ (Himmelgeist)**. Auf dem 7 ha großen Gebiet östlich der Ikerswarder Straße, das heute als landwirtschaftliche Fläche genutzt wird, soll mit 135 Einfamilienhäusern und 60 Wohnungen in drei- bis viergeschossigen Mehrfamilienhäusern bebaut werden. Außerdem ist eine Kindertagesstätte im Erdgeschoss eines Mehrfamilienhauses vorgesehen. Die Ansiedlung von Nahversorgungseinrichtungen ist möglich. Für Doppelhaushälften wird eine Mindestgrundstücksfläche von 250 qm, für Reihenhäuser von 200 qm festgesetzt, wobei die Mittelhäuser mindestens 180 qm haben müssen bei einer Mindestgebäudebreite von 6 Metern(gegen Linksfraktion);
- die Änderung des Flächennutzungsplanes **„Südwestlich Moltkestraße“ (Pempelfort)**. Die 1 ha große Fläche ist bisher als Fläche für Gemeinbedarf mit dem Symbol „Post“ dargestellt. Nach Privatisierung der Deutschen Telekom erfüllt das Grundstück, das von der Telekom zwar verkauft, aber zugleich

langfristig angemietet wurde, nicht mehr die Bedingung des Gemeinbedarfs. In Anpassung an die Umgebung wird das Gebiet nun als Besonderes Wohngebiet ausgewiesen (Enthaltung Linksfraktion);

- alle mit der Herstellung der Erschließungsmaßnahmen für das **Bebauungsplangebiet „Weg nach den Hingbenden“** verbundenen Kosten auf den Investor zu übertragen. Das beinhaltet Straßenausbau und Regenwasserkanal einschl. Pumpstation(gegen BÜ 90, Linksfraktion, 1 CDU-Stimme).

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de